

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 2

Artikel: Amerikas strategische Neubesinnung : Friedenssicherung in einer veränderten Welt
Autor: Spillmann, Kurt R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurt R. Spillmann

Amerikas strategische Neubesinnung

Friedenssicherung in einer veränderten Welt

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich Europa daran gewöhnt, von den USA beschützt zu werden, bzw. sich unter dem Schirm amerikanischer Nuklearwaffen vor einem Angriff der überlegenen sowjetischen Streitkräfte sicher zu fühlen. Die Bindung an Europa war eine verlässliche Konstante der amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik.

Nun ist aber in Amerika eine Grundsatzdebatte über Ziele und Strategien der Aussen- und Sicherheitspolitik in Gang gekommen, in deren bisherigem Verlauf auch Überlegungen über eine Redimensionierung des atlantischen Engagements – in extremen Stellungnahmen sogar bis zum Rückzug der amerikanischen Bodestreitkräfte aus Europa – geäußert worden sind.

Da eine solche Akzentverlagerung – von einer «Tendenzwende» zu sprechen wäre verfrüht – die Sicherheitspolitik *aller* westeuropäischen Nationen betrifft, sind Bemühungen angezeigt, die Motive und Konzeptionen der atlantischen Partnermacht besser zu verstehen. Hier wird versucht, die von 1945 bis 1979 geltenden Voraussetzungen, die Veränderungen und die erwogenen Schlussfolgerungen, insbesondere was den Stellenwert Europas angeht, zu erfassen.

Voraussetzungen 1945—1979

Die USA wurden wider Willen zur Weltmacht. Als Nation von Flüchtlingen und Emigranten, hervorgegangen aus dem Unabhängigkeitskampf der 13 Kolonien im 18. Jahrhundert, folgte die *frühe* aussenpolitische Tradition der USA folgenden drei Prinzipien:

1. Distanz halten zum undemokratischen, moralisch korrupten und in mörderische Bruderkriege verstrickten Europa, um das eigene Modell und Vorbild einer «neuen Nation» auf christlicher und moralischer Basis nicht zu gefährden;

2. Sich nicht in Allianzen und in die europäischen Machtkämpfe hineinziehen lassen, da sie zu Kriegen führen;
3. Amerika, d. h. die westliche Hemisphäre, frei halten von europäischen Einflüssen, die den Frieden im eigenen Haus bedrohen würden.

Als die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur wirtschaftlichen und – durch den kriegsentscheidenden Einsatz im Ersten Weltkrieg – zur militärischen Grossmacht geworden waren, stellte sich erstmals in aller Schärfe das Dilemma zwischen idealistischer Selbstwahrnehmung und realen Verpflichtungen im Machtgefüge der Welt. Diesem Dilemma wollte Amerika zunächst ausweichen.

Um nicht «moralisch verwerfliche» nationalstaatliche Macht ausüben bzw. in den europäischen Machtkämpfen Partei ergreifen zu müssen, lancierte Präsident Woodrow Wilson nach Abschluss des Ersten Weltkrieges das Konzept der kollektiven Sicherheit: der Völkerbund sollte dafür sorgen, dass alle Machtfragen in einen internationalen, von allen Völkern der Welt getragenen Rechtsprozess übergeführt und friedlich gelöst werden könnten.

Da die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf dieser neuen Basis nicht gelang, zog sich Amerika in der Zwischenkriegszeit in die Isolation zurück. Die Unausweichlichkeit der Grossmachtrolle wurde spätestens im Zweiten Weltkrieg klar, als den USA wiederum die kriegsentscheidende Rolle zufiel. Die USA erwiesen sich nicht nur als weitaus stärker als Hitler-Deutschland, Italien und Japan, sondern auch als alle anderen ehemaligen europäischen Grossmächte, eingeschlossen die Weltkriegsverbündeten England, Russland und Frankreich.

Aus einem neuen Gefühl der Stärke und der ebenso tiefen Überzeugung heraus, dass es einen weiteren Weltkrieg nicht mehr geben dürfe, unternahmen die USA den zweiten, minutiös vorbereiteten Versuch, das Prinzip der kollektiven Sicherheit weltweit durchzusetzen. Doch bald scheiterte auch diese hohe Hoffnung. Immer klarer trat der Konflikt zwischen den internationalistischen Friedenshoffnungen der UNO bzw. der USA und den Machtansprüchen vor allem der Sowjetunion hervor.

Ein Rückzug in den Isolationismus kam angesichts des Machtvakuum in Zentraleuropa und der Erschöpfung Frankreichs und Englands nicht in Frage. Amerika musste sich engagieren. Da Amerikas Engagement *für* die UNO wirkungslos geblieben war gegenüber den Widerständen Russlands, engagierte sich Amerika jetzt *gegen* den Widersacher der neuen Friedensordnung, gegen die Sowjetunion. Das politische Konzept der *Eindämmung* (containment) wurde geboren, das verlangte, der weiteren Ausdehnung der sowjetischen Machtsphäre überall entgegenzutreten.

Truman-Doktrin und *Marshall-Plan*, beide 1947 verkündet, dramatisierten diesen aussenpolitischen Kurswechsel von der kollektiven Sicherheit zur Eindämmung. 1949 gaben die USA endgültig das alte Prinzip der Allianzfreiheit auf und schlossen sich – nach der Vandenberg-Resolution – mit Kanada und befreundeten Nationen Westeuropas zur *NATO* zusammen. Das Besondere an diesem Schritt war die Tatsache, dass bereits zu Friedenszeiten gemeinsam konkrete Vorbereitungen für den Verteidigungsfall getroffen wurden. Ein solches Dauerengagement der USA hatte bisher nie existiert.

Die militärische Überlegenheit der *NATO* gegenüber der Sowjetunion war trotz der massiven Abrüstung der USA nach dem Krieg sichergestellt, da die USA bis 1949 über das Atommonopol, von da an noch über einen grossen Vorsprung in der Nukleartechnologie verfügten. Die ersten systematischen Untersuchungen der *NATO* führten zur Auffassung, dass in einem Konfliktfall die Sowjetunion 175 Divisionen ins Feld führen könnte, was auf der *NATO*-Seite 96 der – grösseren – westlichen Divisionen erfordern würde¹. Diese Zahlen wurden 1952 in Lissabon zur Planungsgrundlage der *NATO* gemacht. Bald wurde aber klar, dass das Planungsziel unter den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen in absehbarer Zeit nicht erreicht werden könnte. Hauptsächlich aus finanziellen Gründen wurde deshalb die *NATO*-Doktrin der «*massiven Vergeltung*» angenommen, die auf jeden sowjetischen Vorstoss mit massiven atomaren Gegenschlägen zu antworten drohte.

Damit begann die Einlagerung von taktischen Nuklearwaffen in Europa, die ihren Höhepunkt in der Mitte der sechziger Jahre erreichte, als rund 7000 Bomben, Artillerie-Geschosse, Kurzstrecken-Raketen, atomare Minen usw. in Deutschland eingelagert waren. Gleichzeitig fühlten sich die europäischen Nationen unter diesem Nuklearschirm sicher genug, um 1954 die Zielgrösse konventioneller Streitkräfte von 96 auf 30 Divisionen zu reduzieren. 1956 wurde offiziell und verbindlich die Doktrin der «*massiven Vergeltung*» beschlossen. Schon zwei Jahre später wurde die Fragwürdigkeit dieser Doktrin erkannt, doch erst unter Kennedy wurde eine Neubeurteilung der *NATO*-Doktrin eingeleitet.

Die Unsicherheit, wie ein «nützlicher» Einsatz von Kernwaffen zugunsten Europas, d. h. zugunsten der *NATO*, aussehen müsste, wurde immer grösser, denn seit dem «Sputnik» von 1957 war es klar, dass die Sowjetunion über weitreichende Trägersysteme verfügte und jeden Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen in Europa mit einem Schlag gegen Amerika selbst beantworten konnte.

1962 schlug Verteidigungsminister McNamara die neue Doktrin der «*flexiblen Erwidern*» (*flexible response*) vor. Da dies einer Verminde-

rung der Abhängigkeit von Kernwaffen gleichkam und eine Vermehrung der konventionellen Kräfte erforderte, d. h. kostspieliger war, einige Kritiker auch eine «Abkoppelung» der USA von Westeuropa befürchteten, wurde die neue Doktrin erst 1967, nach fünfjährigen Diskussionen, offiziell beschlossen und verwirklicht.

Unterdessen war der Vietnam-Krieg eskaliert, *ohne* dass es der technisch überlegenen Grossmacht USA gelungen wäre, die «Eindämmung des Kommunismus» in Vietnam durchzusetzen. Widerstand gegen eine als «unmoralisch» empfundene Grossmachtpolitik erhob sich im eigenen Land, vor allem unter den Studenten. Die Wahl Richard Nixons 1968 war mit dem klaren Auftrag verbunden, das amerikanische Engagement in einem asiatischen Landkrieg abubrechen, was nach mühsamsten Verhandlungen um einen akzeptablen Friedensschluss 1973 auch gelang. Eine allgemeine Ermüdung, weltweit Grossmachtaufgaben zu übernehmen, war spürbar. Das Vietnam-Trauma bewirkte eine Abschwächung der Eindämmungsdoktrin und öffnete den Weg für die *Détente*, die Entspannungspolitik, die schon Kennedy nach der Kuba-Krise von 1962 versucht und im Teststoppabkommen von 1963 auch zu ersten Erfolgen geführt hatte, die aber erst unter Kissinger und Nixon systematisch betrieben wurde und 1972 zum ersten Rüstungsbeschränkungsabkommen (SALT I) führte.

Auch nach Watergate (1974) und nach dem Wahlsieg der Demokraten unter Carter (1976) wurde die *Détente* fortgesetzt. Im Sommer 1979 unterzeichneten Breschnew und Carter in Wien das zweite Rüstungsbeschränkungsabkommen SALT II.

Ende der «Détente»

Doch das Jahr 1979 bedeutete auch das Ende der *Détente*. Der Sturz des Schahs von Iran, das plötzliche Bekanntwerden der Stationierung einer sowjetischen Kampfbrigade auf Kuba, die demütigende Geiselnahme des amerikanischen Botschaftspersonals in Teheran und schliesslich noch – knapp vor Jahresende – die sowjetische Invasion in Afghanistan führten zu einem radikalen Umschwung der Stimmung im Weissen Haus, im Kongress und in der Öffentlichkeit. Man nahm jetzt wahr, wie ungeniert die Sowjetunion während der *Détente* und trotz einseitiger amerikanischer Verzichte (auf B-1, auf Neutronenbombe usw.) ihre nukleare (SS-20!) und konventionelle Rüstung weiter ausgebaut hatte.

Die Grossmachtmüdigkeit als Folge des Vietnam-Traumas verflog, die konservative Grundstimmung gewann die Oberhand. SALT II blieb liegen, statt dessen proklamierte Präsident Carter im Januar 1980 den Persischen Golf, von dessen Öl Japan, Europa und – allerdings weniger – auch die

USA abhingen, zur vitalen Interessenzone der USA und forderte ein stark erhöhtes Verteidigungsbudget u. a. zum Aufbau einer «Schnellen Eingreiftruppe» für Südwestasien.

Der Ausgang der Präsidentschaftswahl von 1980 war ausnahmsweise wesentlich von aussenpolitischen Themen mitbestimmt: vor allem die Unfähigkeit der amerikanischen Regierung, aktiv zugunsten der Geiseln in Teheran eingreifen zu können, und der Überfall auf Afghanistan verdunkelte Carters Image. Der frisch patriotisch und betont konservativ auftretende Reagan versprach, Amerika «wieder stark» zu machen.

Die Umsetzung dieses Willens in die Tat löste eine Grundsatzdebatte um die Realisierung von Amerikas Grossmachtrolle aus, die noch andauert.

Vorerst konstituiert sich nur ein Konsens in bezug auf die *veränderten Vorbedingungen* einer amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Die *Schlussfolgerungen*, die aus diesen zu ziehen sind, sind noch umstritten und bleiben – wie die Budgetdebatten im Kongress immer wieder zeigen – noch geraume Zeit Thema heftiger Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Kongress wie zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen.

Die seit 1979 eingetretenen Veränderungen

Die strategische Grundsatzdebatte geht seit 1979 von fünf allgemein akzeptierten Thesen aus:

1. Die USA haben ihre nukleare Vormachtstellung verloren.
2. Die konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion sind in den letzten 20 Jahren so massiv verstärkt worden, dass sie auch ausserhalb des traditionellen Einflussbereiches der Sowjetunion Konflikte ausnützen und Macht zur Geltung bringen können.
3. Die Allianzstrukturen, vor allem jene der NATO, sind schwächer geworden.
4. Die Abhängigkeit auch der USA von Rohstoffquellen in der Dritten Welt und damit von deren regionalen Konflikten ist gewachsen.
5. Ebenso das Missverhältnis zwischen Machtmitteln und weltweiten Verpflichtungen der USA.

Der *Verlust der nuklearen Vormachtstellung* hat bewirkt, dass die amerikanische Strategie der *Abschreckung*, die auf der nuklearen Vergeltungsfähigkeit beruht, vielen Experten als nur noch beschränkt gültig erscheint. Die nukleare Überlegenheit der USA hat die Sowjetunion nicht

gehindert, Konflikte in der Dritten Welt auszunützen. Allerdings wurde keiner der eigentlichen Alliierten der USA angegriffen. Immerhin hält heute eine zunehmende Zahl der amerikanischen Bürger, Politiker und Militärexperten die *Eigen-Abschreckung* für ebenso gross wie die Fremdabschreckung, sie hält eine Anwendung von Atomwaffen wegen ihrer apokalyptischen Natur und wegen der für unkontrollierbar gehaltenen Eskalation für grundsätzlich unverantwortbar und deshalb für unmöglich. Der frühere Verteidigungsminister Robert McNamara spricht ihnen heute auch jeglichen militärischen Wert ab, ausser dem einen – freilich entscheidenden! –, dass sie den Gegner davon abschrecken, selbst Atomwaffen zu gebrauchen¹.

Die USA, so wird argumentiert, kämpften in zwei begrenzten Konflikten (Korea und Vietnam), während sie die massive nukleare Überlegenheit besaßen, ohne den militärischen Einsatz dieser Waffen ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Von einem direkten militärischen Vorteil durch den Besitz von Atomwaffen konnte schon damals keine Rede sein.

Alle Versuche seit 1962, die NATO-Partner davon abzubringen, sich ausschliesslich oder in erster Linie auf die atomare Abschreckung zu verlassen, bewirkten nach amerikanischer Auffassung fast nur Lippenbekenntnisse zugunsten erhöhter konventioneller Rüstung. Das europäische Versprechen von 1978, jährlich 3 % mehr für konventionelle Rüstung auszugeben, wurde nicht eingehalten. Ja, aus Furcht vor atomarer «Abkoppelung» forderten die Europäer 1978 eine Modernisierung des Nuklearschirmes. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland wollte sich im Doppelbeschluss vom Dezember 1979 versichern, dass keine «Lücke» im Abschreckungsspektrum entstehe und Amerika immer noch entschlossen hinter der NATO stehe.

Die 464 Cruise-Missiles und die 108 Pershing-II-Raketen sollten die Europäer in dieser Hinsicht beruhigen, waren aber aus amerikanischer Sicht nicht als Äquivalente für die mittlerweile mehr als 350 SS-20 mit ihren über 1000 nuklearen Sprengköpfen gedacht, sondern als minimale Abschreckungskapazität, um eine nukleare «Geiselhaft» Europas zu verhindern. Angesichts der abgebrochenen Genfer Verhandlungen und bei andauerndem Widerstand gegen die Dislokation der neuen Systeme in einigen NATO-Staaten sind bei amerikanischen Politikern zwei neue Fragen aufgetaucht:

1. Warum sollen wir überhaupt nukleare Verteidigungsmittel nach Europa liefern und angesichts der Unkontrollierbarkeit der nuklearen Eskalation uns selbst gefährden, wenn die europäische Bevölkerung diese Mittel nicht will?

2. Warum beschränken wir uns nicht auf *strategische* Vergeltungssysteme und lassen die Europäer selber für ihre konventionelle Verteidigung sorgen?

Aus amerikanischer Sicht ergibt sich als Folge der nuklearen Patt-Situation die paradoxe Einsicht, dass gerade *die* Bevölkerung (Europas) am lautesten gegen die Abschreckungsstrategie protestiert, die durch sie auf eigenen Wunsch geschützt werden wollte!

Auch aus der amerikanischen Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen der Friedensbewegung, des Freeze-Movement, der katholischen Bischöfe, der «*no first use*»- bzw. «*no launch on warning*»-Anhänger, die sich eigentlich durch die Abschreckung geschützt fühlen sollten, aber heute nicht mehr an die Wirksamkeit dieser Strategie glauben (vgl. Hans E. Tütsch in Nr. 7/8 1983 dieser Zeitschrift). Sie sehen heute die Unterbrechung des SALT-II- bzw. des Rüstungskontrollprozesses als gefährlichen Fehler der Administration Reagan an und fordern die Intensivierung von Kontakten und Verhandlungen, die der Reduktion sowohl der Kriegsgefahr wie der Waffen selbst dienen könnten.

Für die Planer der amerikanischen Sicherheitspolitik ergibt sich aus verschiedenen Motiven die Notwendigkeit, nach einer neuen Strategie zu suchen, die – bei Erhaltung der nuklearen Parität! – die Abhängigkeit von den Kernwaffen reduziert und andere Optionen anbietet.

Was das starke *Ansteigen der konventionellen Kräfte der Sowjetunion* betrifft, so wird heute im Pentagon vorgerechnet, dass die Sowjetunion während der letzten 20 Jahre ihre Verteidigungsausgaben ständig erhöhte, heute mit einer jährlichen Steigerungsrate von 4,5 %, während die USA zuerst rund 300 Milliarden Dollar in Vietnam für einen «nutzlosen» Krieg ausgaben und in den realen Jahresinvestitionen stagnierten, bis seit 1977 wieder ein leichter Aufwärtstrend einsetzte, den die Administration Reagan mit ihren Rekordverteidigungsbudgets nun zu steigern versuchte².

In der Sowjetunion, so wird gesagt, würden 13 bis 15 % des BSP für Rüstung ausgegeben, und seit 1973 hätten die Investitionsprogramme des Warschaupaktes diejenigen der gesamten NATO plus Japan immer übertraffen³. Das Resultat dieser stark gewachsenen sowjetischen Militärmacht sei die Möglichkeit gewesen, die Konflikte in Angola, in Äthiopien und Afghanistan auszunützen, in Kontrast zur eher schwächlichen russischen Politik im Kongo in den sechziger Jahren. Eine neue Strategie der USA müsste also auch Vorstellungen haben, wie diesen stark gewachsenen Möglichkeiten der Sowjetunion, ihre Macht weltweit auszuspielen und damit amerikanische Interessen zu tangieren, entgegenzutreten sei.

Kritik an den europäischen Partnern

Eine der problematischsten Veränderungen in den Voraussetzungen der amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik betrifft die *Abschwächung der Allianzstrukturen*, die unübersehbar, in ihren Ursachen aber sehr komplex ist. Den europäischen NATO-Partnern wird vorgehalten,

- dass sie nicht ihren vollen Anteil an den Kosten der gemeinsamen Verteidigung trügen,
- dass eine Welle des Antiamerikanismus durch Europa rolle, und
- dass von den Amerikanern erwartet werde, sie sollten die nuklearen Risiken allein tragen.

Der Vorwurf der *ungerechten Lastenverteilung* ist nicht neu. Selbst ein so europäisch denkender Mann wie General Rogers hat darauf hingewiesen, dass 300 000 Amerikaner am Rhein und nicht 300 000 Europäer am Rio Grande stehen und dass deswegen die Europäer sich vermehrt anstrengen sollten, ihre 1978 beschlossenen 3 % jährliche Budgetsteigerung für Verteidigung auch zu leisten. Andererseits bestätigt der NATO-Oberkommandierende, dass heute in einem Verteidigungsfall 90 % der Landstreitkräfte und drei Viertel der See- und Luftstreitkräfte der NATO westeuropäischen Ursprungs wären. Er ruft weiter in Erinnerung, dass die europäischen Nationen in den siebziger Jahren ihre Verteidigungsausgaben wenigstens um jährlich 2 % gesteigert hätten, während sie in den USA stagnierten, ja sogar um ebensoviel zurückgingen⁴.

Immerhin bleibt die Tatsache bestehen, dass viele Amerikaner die Ausgaben für Europa im gleichen Masse als ungerecht empfinden, in welchem die eigene wirtschaftliche Vormachtstellung gegenüber Europa schwindet und die Alliierten zunehmend eigene aussenpolitische und aussenwirtschaftliche Ziele suchen. Das Erdgasrohrengeschäft hat besonders viel Ärger erregt, denn je wohlhabender und selbstbewusster die Europäer auftreten, um so grösser wird das Gefühl der Amerikaner, ausgenützt zu werden.

Was den Eindruck des *Antiamerikanismus* betrifft, reagiert Amerika auf die verzerrenden Berichte der Medien, die vor allem das Aussergewöhnliche breit darstellen, während Meinungsumfragen, die nach wie vor auch in der Bundesrepublik für eine positive Beurteilung Amerikas zeugen, nicht das gleiche Gewicht bekommen.

Neubelebte Vorurteile

Auch dahinter verbirgt sich eine tiefere Problematik. Alte Vorurteile, die in beiden Kulturen tief verwurzelt sind, tauchen wieder auf. Viele Europäer haben wenig Achtung vor der «Rohheit» und dem «Provinzialismus» der amerikanischen Kultur, sie misstrauen der Überheblichkeit, der Unreife und dem Moralismus der amerikanischen Macht.

Die Amerikaner ihrerseits glauben auch heute überwiegend an die Vorbildlichkeit ihrer Institutionen, an deren Überlegenheit über andere, und dementsprechend ist ihr Missionseifer immer noch lebendig. In heutigen Vorwürfen gegen die Europäer wegen finanzieller Drückebergerei und schamloser Umwerbung von Ölscheichs und kommunistischen Funktionären scheint man oft das ferne Echo der Ermahnungen von George Washington, Jefferson, Adams und Monroe zu hören, welche Europa als Spielfeld verschlagener und doppelzüngiger Politiker ansahen, die darauf aus waren, Amerika in die Streitigkeiten Europas hineinzuziehen, um letztlich davon zu profitieren.

Was schliesslich den amerikanischen Verdacht betrifft, Europa erwarte von den Amerikanern, dass sie die *nuklearen Risiken eigentlich allein tragen* sollten, so ergibt sich dieser Verdacht aus dem *Widerspruch* zwischen der Tatsache, dass es die Europäer waren, die die Ersetzung der veralteten Pershing I durch modernere Systeme zwecks Wiederherstellung des «eurostrategischen Gleichgewichtes» verlangten, und dass diese gleichen Europäer sich nun mit dem Vorwurf vernehmen lassen, die Amerikaner wollten auf ihrem Buckel einen regional begrenzten Atomkrieg führen, während die Europäer eine atomwaffenfreie Zone vorziehen würden. (War nicht auch Japan 1945 eine atomwaffenfreie Zone?) Bereits fordert der SPD-«Vordenker» Oskar Lafontaine in seinem Buch «Angst vor den Freunden» den Austritt aus der NATO.

Weitere Momente transatlantischer Spannung treten hinzu und arbeiten trotz gegenteiliger Beteuerungen an der Erosion der Allianz:

- Washington sieht in Europa mehrheitlich eine starke Neigung nach Fortsetzung der *Détente* bestehen, während der amerikanische Kurs unter Reagan auf deutlichere Abgrenzung und entschlosseneren Vertretung der eigenen Interessen gegenüber der Sowjetunion ausgerichtet ist.
- Washington ist verärgert über den *Technologietransfer* (auch im zivilen Bereich), der es nach den Worten von Verteidigungsminister Weinberger der Sowjetunion ermöglicht, «ihre eigenen Ingenieure mit militärischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu beschäftigen».

- Washington fühlt sich in seiner Grossmachtverantwortung für den Westen und die freiheitlichen Institutionen des Westens im Stich gelassen durch die *mangelnde Kooperationsbereitschaft* der Europäer, wie sie sich etwa anlässlich des Yom-Kippur-Krieges 1973 oder in den europäischen Reaktionen nach Grenada zeigte. Dabei ist die Möglichkeit ehemaliger europäischer Grossmächte, in Partnerschaft mit den USA Ordnungsfunktionen zu übernehmen (wie dies England bis Ende der sechziger Jahre in der Golfregion noch durchaus konnte), weiter geschrumpft. Auch der unter grösster Anspannung der Kräfte errungene Falkland-Sieg von 1982 kann darüber nicht hinwegtäuschen.
- Auf europäischer Seite kommen dazu *Verstimmungen aus wirtschaftlichen* Motiven, hervorgerufen zum Beispiel durch den erstarkenden Protektionismus Amerikas und die mangelnde Bereitschaft, die GATT-Regelung zu respektieren, wonach keine Steuergelder zur Exportsubventionierung eingesetzt werden dürfen.

So bleibt das Verhältnis Amerikas zu Europa schwierig, auch wenn die Hauptkrise des Jahres 1983 um den NATO-Doppelbeschluss mit dem Beginn der Stationierung der Pershing II ihren Tiefpunkt überwunden haben mag.

Konfliktreiche «Dritte Welt»

Die vierte Veränderung in den Voraussetzungen der amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik betrifft die *vergrösserte Abhängigkeit der USA von Rohstoffquellen in der Dritten Welt* und damit von den dortigen regionalen Konflikten.

Der kritischste Punkt ist das Gebiet des Persischen Golfes mit seinen Ölquellen. Zwar decken die USA nurmehr knappe 10 % ihres Bedarfs an Rohöl aus dieser Region, und im Krisenfall könnten sie ganz darauf verzichten, aber die Wirtschaften Europas und Japans könnten ohne den Ölnachschub aus dieser Zone nicht funktionieren, und ihr wirtschaftlicher Zusammenbruch würde die Weltordnung gefährden, die die USA seit 1945 angestrebt haben. Um so gravierender sind die Machtverschiebungen, die seit 1979 in dieser Region stattgefunden und die Amerika vor das Problem gestellt haben, mit Hilfe welcher Mittel und Strategien es in diesem ehemals britischen Einflussgebiet die westlichen Interessen wirkungsvoll gegenüber dem nach Süden drängenden russischen Einfluss sichern könne und welche Konsequenzen das für die bisherige Priorität Europa haben würde.

Die Machtverschiebungen in Südwestasien führten zu ernüchternden

Erkenntnissen in bezug auf das grösser gewordene *Missverhältnis zwischen Machtmitteln und weltweiten Verpflichtungen*. Weder im Iran noch in Afghanistan konnten die USA eingreifen, weil geeignete Mittel fehlten. Innerhalb von zwei Monaten nach der Geiselnahme von Teheran und der sowjetischen Invasion Afghanistans zog Präsident Carter öffentlich drei Konsequenzen aus der drastisch veränderten Situation:

- er verkündete die Carter-Doktrin und erklärte den Persischen Golf zum «vitalen Interessengebiet» der USA,
- er kündigte ein massiv erhöhtes Verteidigungsbudget an, und
- er liess eine «Schnelle Eingreiftruppe» aus allen vier Teilstreitkräften (Army, Navy, Air Force und Marines) bilden.

Dieser «Absichtserklärung» folgte die Administration Reagan nach einjähriger Vorbereitung und eingehender Beurteilung der Lage zu Beginn des Jahres 1982 mit einem ausführlichen strategischen Dokument, das als Einleitungskapitel im Jahresbericht von Verteidigungsminister Weinberger für das Haushaltsjahr 1983 enthalten ist und in seinen Grundzügen noch immer als gültige Darstellung der strategischen Vorstellungen der jetzigen Administration gelten kann (unter Zuzug der seitherigen Jahresberichte)⁵. Welche Tendenzen aussen- und sicherheitspolitischer Aufgaben lassen sich aus diesem Dokument ablesen?

Gegenwärtige Tendenzen

Zunächst betont Weinberger die *Kontinuität* gewisser strategischer Ziele und Auffassungen, darunter

- der ausschliesslich *defensiven* Anwendung militärischer Stärke,
- der *Abschreckung* eines Gegners und
- der Fähigkeit zu *angemessener Reaktion*, falls die Abschreckung versagt.

Im *Nuklearbereich* soll die Sowjetunion durch ein umfassendes Modernisierungsprogramm daran gehindert werden, die bereits erreichte Parität in eine Überlegenheit zu verwandeln. Ohne selber Überlegenheit anzustreben, soll der Abschreckungseffekt weiterhin die USA vor einem Erstschlag schützen:

«Die amerikanischen Streitkräfte werden unter allen Bedingungen der Kriegsauslösung imstande sein, einen sowjetischen Erstschlag zu überleben und so zurückzuschlagen, dass die USA ihre Ziele erreichen.»

Etwas mehr über die hinter diesem Satz stehenden Vorstellungen erfuhr man aus einem Bericht der *New York Times* vom 30. Mai 1982 über die geheimen «Defense Guidelines» der neuen Administration. Darin werde – schrieb die *New York Times* – mit der Möglichkeit gerechnet, einen längeren Atomkrieg (*protracted nuclear war*) führen zu müssen. Um nicht erpressbar zu sein, müssten die amerikanischen Streitkräfte in der Lage sein, über längere Zeit hinweg nukleare Gegenschläge gegen die Sowjetunion führen zu können. Ziel der amerikanischen Planung solcher Atomschläge sei dabei die «nukleare Enthauptung» (*nuclear decapitation*) des Gegners durch Schläge gegen die gesamten politischen und militärischen Führungsorgane und ihre Verbindungslinien.

Die *konventionellen Streitkräfte* sollen nach Weinberger längerfristig so massiv ausgebaut werden, dass sie in *drei Konfliktregionen zugleich* konventionell handlungsfähig sind. Der Bericht argumentiert, dass im Falle einer sowjetischen Aggression nicht nur die Heranführung massiver Verstärkungen nach Europa möglich sein sollte, sondern dass *zugleich* militärische Zusammenstöße in der Golfregion und im pazifischen Raum zu bewältigen sein sollten.

Diese Auffächerung der Konfliktszenarien, erläutert Weinberger, unterscheide die neue Strategie von derjenigen der siebziger Jahre. Damals erachteten die USA es als genügend, «einen und einen halben Krieg» führen zu können, das heisst man plante für einen militärischen Einsatz in Europa (oder Asien) und rechnete gleichzeitig mit einem kleinen Konflikt in einer strategischen Randzone. Die internationalen Rahmenbedingungen, wie etwa die Zuspitzung des sowjetisch-chinesischen Konfliktes bei gleichzeitiger Annäherung der USA an China, liessen diesen strategischen «Minimalismus» als genügend erscheinen. Mit 1979 endete die Zeit dieses strategischen Minimalismus, und mit der Carter-Doktrin – die auch die Ansichten Reagans und Weinbergers ausdrückt – begann die Neuumschreibung der Verteidigungsaufgaben der konventionellen Streitkräfte bis hin zur heutigen Zielvorstellung der «Drei-Kriege-Fähigkeit».

Als weitere gravierende Modifikation der bisherigen Strategie erwähnte Weinberger im Grundlagendokument von 1982 die «geographische oder *horizontale Eskalation*». Sie bedeutet, dass sich die USA im Falle eines sowjetischen Angriffes vorbehalten, den Konflikt in andere, für die amerikanischen Streitkräfte günstigere Regionen zu tragen:

«Auch wenn der Feind nur an einer einzigen Stelle angreift, könnten wir uns veranlasst sehen, uns nicht nur auf Abwehr des Angriffs an seiner eigenen unmittelbaren Front zu beschränken. Wir könnten uns dazu entschliessen, unser Potential weiträumiger einzusetzen und den Feind an

vielen Stellen zu bekämpfen, oder unsere Kräfte und Mittel in einigen der kritischsten Gebiete zu konzentrieren. Die geographische Verteilung unserer militärischen Mittel muss sich nach den Aussichten auf den Schutz unserer lebenswichtigen Interessen und nach den Aussichten, den Krieg zu gewinnen, richten.»

Diese Neuerung der geographischen oder horizontalen Eskalation zeigt den Versuch, das punktuelle bzw. regionale konventionelle Übergewicht der Staaten des Warschauer Paktes abzuschrecken durch die Drohung auf Eröffnung neuer Kriegsschauplätze. Die Kehrseite dieser neuen Strategie – die Gefahr des ungewollten Umklappens der horizontalen in eine vertikale (das heisst nukleare) Eskalation – kann ihren Urhebern allerdings kaum entgangen sein: im Bericht Weinbergers von 1983 wird sie jedenfalls nicht weiter ausgeführt.

Die Wirksamkeit der konventionellen Landstreitkräfte soll auch durch die Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit innerhalb der Bündnisse gesteigert werden, wobei klar gesagt wird, dass die Verbündeten, die vom amerikanischen Schutz profitieren, einen grösseren Anteil der gemeinsamen Aufgaben übernehmen müssten, um die Belastung gerechter zu verteilen.

Im konventionellen Bereich legt der Bericht grosses Gewicht auf die Wiederherstellung der *amerikanischen Überlegenheit auf den Meeren*, vor allem im Bereich des Indischen Ozeans.

Als Mittel zur Machtausübung in der Region des Indischen Ozeans strebt die Administration eine Fünfte Flotte, eine Schnelle Eingreiftruppe von 300 000 Mann (*Rapid Deployment Force, RDF*) sowie den Ausbau von Diego Garcia und anderen Stützpunkten an.

Als weitere Massnahmen zur Stärkung der amerikanischen Position in der Dritten Welt werden ins Auge gefasst: die Verbesserung der Fähigkeit zur Führung von «Spezialoperationen» (das heisst Guerilla-Aktionen, Sabotage, psychologische Kriegführung, vor allem im Zielgebiet Lateinamerika), abgewogene Militärhilfe an die Volksrepublik China, der Ausbau von Stützpunkten, Freundschaftsverträge u. a. m.

Um das *Missverhältnis zwischen Mitteln und Verpflichtungen* zu verkleinern, sollte das Verteidigungsbudget drastisch erhöht werden. 1982 argumentierte Weinberger, dass sogar eine jährliche Steigerung des Verteidigungsbudgets um 14 % den Rückstand gegenüber der Sowjetunion erst um 1990 ausgleichen und die USA zur vollen Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen befähigen würde. Real wurde eine jährliche Steigerung von 10 % anvisiert, bis zu einem Anteil von 8 % am BSP.

Widerstand gegen das neue Konzept

Bereits im Januar 1983 waren aber für 55 % aller Amerikaner die Forderungen der Administration Reagan für Verteidigung zu hoch; 62 % vertraten die Auffassung, es habe sich ein Kräftegleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion eingestellt⁶. Und im März 1983 kürzte der Kongress das Verteidigungsbudget derart, dass statt des geforderten Zuwachses von 10 % nur gerade die Hälfte, 5 %, realisiert werden konnte⁷. Damit bleiben die amerikanischen Rüstungsausgaben heute *unter* 6 % des BSP, wogegen sie unter Kennedy noch 9 %, zur Zeit des Vietnam-Krieges 10 %, dann in der Ära Nixon noch 4,5 % ausmachten⁸.

Damit ergibt sich der Zwang, Prioritäten zu setzen, denn gleichzeitig lassen sich die Überlegenheit auf den Meeren und die Fähigkeit zur Führung von drei Landkriegen nicht realisieren. Damit ist die Frage der Allokation der Mittel zugleich zu einer Frage der strategischen Prioritäten geworden; darüber wird heute so heftig diskutiert wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Lange Zeit war die Faszination der militärischen «hard ware» so gross, dass darüber die «soft ware», das konzeptionelle Denken, vernachlässigt wurde. Das seit dem Ende der Détente 1979 nun wieder ins Bewusstsein zurückgekehrte Problem der ständigen machtpolitischen Konfrontation mit einem Gegner, der über gleichwertige Nuklearmittel, überlegene Landstreitkräfte, eine rasch wachsende Marine und ein weitgespanntes Netz von Stützpunkten verfügt, hat das Gefühl der Sicherheit so geschwächt, dass konzeptionelle Diskussionen wieder sinnvoll erscheinen.

Zunächst ist von Kritikern wie Senator Glenn oder dem bekannten Strategen William Kaufmann darauf hingewiesen worden, dass sich bei der geplanten Ausweitung der sicherheitspolitischen Aufgaben die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht verkleinere, sondern noch weiter vergrössere. Die verfügbaren Kräfte vermöchten der Vielfalt vorgesehener militärischer Engagements in keiner Weise gerecht zu werden.

Nach Pressemitteilungen schätzte das Pentagon 1982 in einer vertraulichen Studie, dass zur Erfüllung der vorgesehenen strategischen Aufträge über die nächsten fünf Jahre zusätzliche 750 Milliarden Dollar erforderlich wären, eine Phantasiesumme angesichts der bereits recht klaren Abnahme der Bereitschaft des Kongresses zu unbeschränkten Verteidigungsaufwendungen⁹. Statt in allen Bereichen einen «quick fix» anzustreben, müssten klare Prioritäten gesetzt werden, um die vorhandenen Mittel mit grösstmöglichem Nutzen einsetzen zu können.

Zwei Denkschulen

Im Streit um diese Prioritäten, die vordergründig Budgetanteile betreffen, stehen sich im wesentlichen *zwei Denkschulen* gegenüber: die *Navalisten*, die die Priorität auf den Ausbau der Seeherrschaft legten, und die *Koalitionisten*, die der Festigung der Bündnisse und der Fähigkeit zur Führung von Landkriegen (vor allem in Europa) mehr Bedeutung zumessen¹⁰.

Ein Wortführer der Navalisten ist der Marineminister John F. Leemann, Jr., auf der anderen Seite stehen u. a. der ehemalige Unterstaatssekretär für Verteidigung, Robert W. Komer, und der NATO-Oberkommandierende General Bernard W. Rogers.

Beide Denkschulen gehen davon aus, dass die Planungen angesichts des nuklearen Patts (das erhalten bleiben muss!) auf konventionelle Konflikte von längerer Dauer ausgerichtet sein sollten. Beide Richtungen halten auch die Überlegenheit auf den Meeren für ein unverzichtbares Ziel der amerikanischen Militärstrategie. Die Kontrolle der Seewege bleibt grundlegende Voraussetzung für die Zufuhr von Rohstoffen wie für die Verschiebung amerikanischer Verstärkungen in entferntere Konfliktzonen. Unterschiede werden sichtbar, wenn die abstrakte «Seeherrschaft» in konkrete Listen von Schiffen umgesetzt werden muss.

Die *Marine* fordert unter Hinweis auf die kontinentale Insellage der USA zusätzliche Schiffseinheiten nicht nur zur Absicherung der Nachschub- und Kommunikationswege, sondern gleichzeitig und darüber hinaus auch zum offensiven Einsatz gegen periphere sowjetische Festlandziele im Sinn der horizontalen Eskalation. Aus dieser erweiterten Auftragsdefinition ergibt sich die Forderung nach einer 600-Schiffe-Marine sowie die Ergänzung der 13 Flugzeugträger-Kampfgruppen um zwei zusätzliche auf insgesamt 15 Grossflugzeugträger-Verbände samt dazugehörigen F-14- und F-15-Kampfflugzeugen und Begleitkreuzern zum Selbstschutz. Die Beschaffungskosten pro Kampfgruppe betragen etwa 17 Milliarden Dollar. Die Marine-Denkschule nimmt wenig Rücksicht auf Bedürfnisse der Verbündeten, ja ihre radikalen Vertreter sind bereit, die amerikanischen Truppen aus Europa abzuziehen, um zusätzliche Mittel freizumachen.

Demgegenüber vertritt das *Heer* die Auffassung, dass die NATO auch weiterhin notwendiger Bestandteil einer auf die westeuropäische Verteidigungskoalition abgestützten Strategie sein müsse. Die wichtigsten Postulate dieser Richtung betreffen verstärkte Rüstungskooperation unter den NATO-Partnern, rationellere Aufgabenteilung sowie angemessenere Lastenverteilung.

Bisher versuchte die Administration im Rahmen ihrer Finanzplanung *beiden* Konzeptionen Rechnung zu tragen. Jetzt befürchten Washingtoner

Experten, dass die Verknappung der Mittel infolge wachsender Beschaffungskosten und infolge der Streichungen des Kongresses die Regierung veranlassen könnte, der Marinerüstung auf Kosten der Koalitionsverteidigung den Vorrang einzuräumen.

Schlussfolgerungen der Administration

Die gegenwärtige Administration Reagan hat aus den bisher geschilderten Veränderungen der Voraussetzungen der amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik seit 1979 eine Reihe von Schlussfolgerungen gezogen:

1. Die einstige nukleare Überlegenheit der USA hat sich in eine *nukleare Parität* abgeschwächt. Diese muss unter allen Umständen gewahrt werden, wenn sich Amerika nicht der Erpressbarkeit aussetzen will. (Chruschtschow hatte schon 1956 gedroht – also als Russlands Atommacht noch in den Anfängen steckte –, London und Paris mit Atombomben zu treffen, um den Rückzug von Suez zu erzwingen.) Der Wahrung der atomaren Parität sollen die Modernisierung der strategischen und nicht-strategischen Nuklearwaffen (MX, U-Boote der Ohio-Klasse mit Trident-II-Missilen, B-1-Bomber; Pershing II, Tomahawk Cruise Missiles) sowie der Überwachungs-, Verbindungs- und Abwehrmittel (zum Beispiel Satellitenkillersystem ASAT, einsatzbereit ab 1987) dienen. Gleichzeitig soll die Abhängigkeit von den Nuklearmitteln durch Verstärkung der konventionellen Streitkräfte verringert werden.

2. Die USA sind ihrem Wesen nach eine *maritime* Grossmacht (im Gegensatz zur imperialen Landgrossmacht Russland) und besinnen sich neuerdings wieder klarer auf diese Besonderheit. Die USA sind von auswärtigen Rohstoffquellen abhängig, im Gegensatz zur praktisch in allen Belangen autarken Sowjetunion¹¹. Deshalb ist die Aufrechterhaltung offener Seeverbindungen und Zugänge zu diesen Rohstoffquellen für die USA von vitaler Bedeutung, zumal bereits 1977 28 % der Schiffsfracht zwischen den USA und Europa auf sowjetischen Schiffen befördert wurden und die USA wegen ihrer schrumpfenden Handelsflotte (10. Stelle) ihre Importe an Rohöl, Mineralien und Halbfabrikaten mehrheitlich auf Schiffen Panamas, Honduras' und Liberias einführen mussten¹². Die weit über defensive Bedürfnisse einer Landmacht hinausgehende Aufrüstung der vier sowjetischen Hochseefloten (Nordflotte, Baltische Flotte, Schwarzmeer-/Mittelmeerflotte, Pazifikflotte) und eine mit Intensität betriebene Stützpunktpolitik (vor allem im Bereich des Indischen Ozeans) bedrohen die für Amerika lebenswichtigen Verbindungen. Deshalb wird durch Modernisierungs- und Neubauprogramme bis Mitte der achtziger Jahre eine

US-Flotte von 600 Schiffen angestrebt und durch den Ausbau von Diego Garcia und anderen Stützpunkten eine solidere Basis für die Präsenz im Indischen Ozean gesucht.

3. Um den Lebensstandard im eigenen Land und in der westlichen Welt aufrechterhalten zu können, müssen die Verbindungen zu den Handelspartnern in Lateinamerika, Westeuropa und im pazifischen Raum gesichert werden. Auch das ist nur möglich mit Hilfe verstärkter Seestreitkräfte und damit unter Verlagerung von Budgetanteilen von der «Landverteidigung» (Europa) zur Seeverteidigung.

4. Da die japanische wie die westeuropäischen Industrien ohne das Erdöl der Golfstaaten nicht auskommen können, ist die Sicherung des Nachschubweges vom Persischen Golf über den Indischen Ozean nach Europa und Japan für das Funktionieren der ganzen westlichen Welt von elementarer Bedeutung. Wie gefährdet diese Region aber ist, zeigte sich 1979, als Amerika den damaligen drastischen Veränderungen in Iran und Afghanistan ohne Interventionsmöglichkeit gegenüberstand und realisieren musste, dass es wegen der ausschliesslichen Konzentration auf Westeuropa in den siebziger Jahren (im Zeichen des Vietnam-Traumas, der Détente und der Öffnung auf China) verpasst hatte, flexible Machtmittel in Reserve zu halten¹³. Der Aufbau einer an verschiedenen Stellen einsetzbaren Schnellen Eingreiftruppe, die am 1. Januar 1983 dem neuen Regionalkommando Südwestasien unterstellt wurde, war die logische Folge dieser Einsicht.

5. Der Vorrang Europas im amerikanischen Verteidigungsdenken spiegelt nach Ansicht eines Experten eher die Ängste der fünfziger Jahre als die multipolare Situation der achtziger Jahre wider und musste, wie 1979 deutlich wurde, mit einem gravierenden Verlust an Flexibilität in anderen Regionen bezahlt werden¹⁴. Auch wenn Europa als Industriepotential und Markt nach wie vor hervorragende Bedeutung im Weltganzen besitzt, so kann sich Amerika europäische Ausschliesslichkeit in der Zuwendung von Aufmerksamkeit und Mitteln doch nicht weiter leisten. Zudem ist Europa nach amerikanischer Beurteilung längst reich genug, um aus eigenen Mitteln grössere Anteile an den Kosten der gemeinsamen Verteidigung zu übernehmen und Amerika damit zugunsten der Wahrnehmung anderer Aufgaben zu entlasten.

6. Die Bemühungen, Amerika in Europa finanziell zu entlasten und gleichzeitig die Abschreckungswirkung der NATO zu erhalten, hatten eine ganze Reihe von Sonderprogrammen zur Folge. Dazu gehören: die Ende 1983 eingeleitete Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen, die jährlichen REFORGER (*Return of Forces to Germany*)-Übungen, die Vorauslagerung von Kriegsmaterial und die Vorbereitung der ganzen logistischen

Basis für sechs im Krisenfall innert zehn Tagen einzufliegenden US-Divisionen (POMCUS, *Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets*, und WHNS, *Wartime Host Nation Support*) sowie die Verstärkung der Vorneverteidigung durch Verschiebung von drei amerikanischen Kampfbrigaden aus dem Rhein-Main-Gebiet in die Nähe der Grenze (MRP, *Master Restationing Plan*) – alles unter massiver finanzieller Beteiligung der NATO-Staaten, das heisst bisher vor allem der Bundesrepublik¹⁵.

7. Die Anstrengungen der Administration Reagan, insbesondere von Verteidigungsminister Weinberger, das amerikanische Engagement in Europa durch die genannten Programme und entsprechende Budgetanteile sicherzustellen, kollidierten seit 1982 immer deutlicher mit gegenteiligen Ansichten von Politikern aus dem Kongress, die das Engagement in Europa abbauen wollten und entsprechende Kürzungs- und Streichungsanträge einbrachten. Senator Ted Stevens aus Alaska forderte zum Beispiel in den Budgetberatungen vom 30. September 1982¹⁶:

- Festschreibung der Mannschaftsstärken der in Europa stationierten amerikanischen Truppen auf den Stand von 1980 (das heisst effektive Kürzung um etwa 20 000 Mann, mit Auflösung der in Wiesbaden stationierten Brigade der 1. US-Infanteriedivision);
- Streichung der Mittel für vorausgelagertes Material in Westeuropa (POMCUS 5 und 6);
- Streichung der Mittel für das *Wartime-Host-Nation-Support-Programm* (WHNS) mit der Bundesrepublik ;
- Kürzung des Cruise-Missile-Programms um 63 Millionen Dollar.

Kongressmann Ron Paul, ein republikanischer Texaner, hatte am 9. Juni 1982 gar eine Resolution eingereicht, die den stufenweisen und geordneten Rückzug *aller* amerikanischen Streitkräfte aus Europa und Japan forderte. Pauls Resolutionsentwurf wurde zwar nicht angenommen, aber Stevens' Kürzungsanträge teilweise gebilligt. Weitere Kürzungen erfolgten 1983 und sind für 1984 zu erwarten.

Auch in der Presse lassen sich Stimmen vernehmen, die die «Ent-Amerikanisierung der Verteidigung Europas» oder direkter den «Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa» fordern¹⁷. Zwar werden «realistische» Gründe für diese Vorstösse geltend gemacht, wie zum Beispiel notwendige Einsparungen zugunsten von MX, B-1 und neuen Flugzeugträgern.

Deutlich ist aber der Ärger über die mangelnde Bereitschaft der Europäer zu spüren, grössere finanzielle Lasten für die gemeinsame Verteidigung

zu tragen, während in Amerika selbst zwecks Verbesserung der Verteidigungsmöglichkeiten in einschneidender Weise Sozialprogramme beschnitten werden. Auch die heftigen Äusserungen des Antiamerikanismus haben viele Amerikaner vergrämt. Zudem entfernt sich ja der Bevölkerungsschwerpunkt der USA immer weiter von der Ostküste nach Südwesten, die «Sun-Belt»-Bevölkerung ist nicht nur konservativer als die Bevölkerung der alten Ballungszentren an der Ostküste, sondern auch innerlich viel weniger nach Europa als nach Lateinamerika oder Asien ausgerichtet¹⁸. Sie findet es darum nicht angebracht, dass die Hälfte aller Verteidigungsaufwendungen Europa zugute kommt. Die europäischen Staaten werden also mehr als bisher – und nicht nur finanziell – zur Erhaltung guter transatlantischer Beziehungen beitragen müssen.

8. Angesichts des überwältigenden Bedürfnisses der Administration Reagan, den errechneten Rückstand auf die nukleare und konventionelle Rüstung der Sowjetunion so rasch und so effizient wie möglich aufzuholen und das einst vielzitierte «*window of vulnerability*» zu schliessen, ist kaum zu erwarten, dass unter diesem Präsidenten eine baldige Rückkehr zu irgendeiner Form der Détente bevorsteht. Das amerikanische Gefühl, dass die Russen die Jahre der Détente ausgenützt hätten, um die USA rüstungsmässig zu überholen, bestimmt die Abneigung, den seit der Wende von 1979 eingeschlagenen aussen- und sicherheitspolitischen Kurs zu ändern, selbst nach dem Abbruch der SALT-/START-, TNF- und MBFR-Verhandlungen von Genf und Wien.

Die weltpolitische Grosswetterlage hat sich seit 1979, als sich Carter und Breschnew in Wien umarmten, massiv verschlechtert. Die Beziehungen der Supermächte sind auf dem tiefsten Punkt seit Jahren angekommen. Friedenssicherung durch kollektive Sicherheit, das erklärte Ziel der Amerikaner und der UNO seit dem Zweiten Weltkrieg, scheint im Moment in weite Ferne gerückt. Amerika versucht sich nunmehr in der einst als «europäisch» verschrienen Machtpolitik; sie gilt jetzt als der einzige Weg, um von der anderen Supermacht ernstgenommen zu werden und die eigenen Interessen wirkungsvoll wahrnehmen zu können. Europa muss es sich anlässlich dieser Revision gefallen lassen, dass auch sein Stellenwert im globalen Kalkül der Grossmacht Amerika überprüft wird – Anlass für die westeuropäischen Nationen, über das richtige Mass eigener Verteidigungsanstrengungen nachzudenken.

¹ Nach Robert S. McNamara, *The Military Role of Nuclear Weapons: Perceptions and Misperceptions*, in: *Foreign Affairs* 62 (1983) S. 79. – ² Nach Eliot A. Cohen, *Die permanente Krise des Atlan-*

tischen Bündnisses, in: *Europa Archiv* (EA) 24 (1982) S. 723. – ³ Caspar W. Weinberger, *Jahresbericht des amerikanischen Verteidigungsministers vom 8. 2. 1982*, in: *EA* 15 (1982) S. 353–384. – ⁴ Nach Bernard

W. Rogers, Das atlantische Bündnis: Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt, in: EA 12 (1982) S. 372. – ⁵ Weinberger, a.a.O., S. 353–384. – ⁶ Wolfgang Pordznik, Atlantische Rüstungspolitik im Widerstreit; die Auseinandersetzung um Verteidigungsbudget und strategisches Konzept, in: EA 13 (1982) S. 384. – ⁷ Archiv der Gegenwart, 1983, S. 26 747. – ⁸ Pordznik, a.a.O., S. 383. – ⁹ Robert W. Komer, Maritime Strategy vs. Coalition Defense, in: Foreign Affairs 60 (1982) S. 1128. – ¹⁰ Komer, a.a.O., und Keith A. Dunn und William O. Staudenmaier, Strategy for Survival, in: Foreign Policy 52 (1983) S. 22 ff. – ¹¹ Weissbuch 1983, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, S. 22–24. – ¹² Isaac Kidd, For Want of a Nail: The Logistics of the Alliance, in: Kenneth A. Myers, ed., NATO, The Next

Thirty Years, The Changing Political, Economic, and Military Setting, London 1980, S. 191/192. – ¹³ Philip Odeen, Domestic Factors in US Defense Policy, in: Adelphi Papers 173 (America's Security in the 1980's, Part I), London 1982, S. 27. – ¹⁴ William O. Staudenmaier, Strategic Concepts for the 1980's, Part II, in: Military Review, April 1982, S. 57. – ¹⁵ Helga Haftendorn, Die Zukunft der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa, in: EA 20 (1983) S. 639–648. – ¹⁶ Nach Haftendorn, S. 641. – ¹⁷ International Herald Tribune, 14. 11. 1983 und 12. 12. 1983. – ¹⁸ Karl H. Kahrs, Die Verlagerung des inneramerikanischen Schwerpunktes nach Südwesten. Neue Einflüsse auf das ausenpolitische Denken in den Vereinigten Staaten, in: EA 11 (1982) S. 337–344.

Visura Treuhand-Gesellschaft
Société Fiduciaire
Società Fiduciaria

Seit 50 Jahren Partner für
Steuern · Buchführung · EDV-
Personalvorsorge · Branchen-
konforme Betriebsberatung

Zürich, Aarau, Altdorf, Grenchen,
Lausanne, Luzern, Olten, St. Gallen, Solothurn, Stans